

Inhaltsverzeichnis

	Seite
<u>Inhaltsverzeichnis</u>	VII
<u>Abkürzungsverzeichnis</u>	XV
A. Erster Abschnitt – Einleitung	
§ 1 Gegenstand der Arbeit	1
§ 2 Gang der Untersuchung	3
B. Zweiter Abschnitt – Der status quo	
§ 1 Die Prägung des deutschen Steuerrechts durch das Prinzip der Leistungsfähigkeit	5
I. Grundlagen des Leistungsfähigkeitsprinzips	7
1. Historische Entwicklung	7
2. Verfassungsrechtliche Verankerung	9
3. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesfinanzhofes	11
II. Konkretisierung des Leistungsfähigkeitsprinzips im Einkommensteuerrecht	14
1. Parameter wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit	14
a. Leistungsfähigkeit als „wirtschaftliche Leistungsfähigkeit“	14
b. Konsum, Vermögen und Einkommen als mögliche Indikatoren wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit	16
aa. Der Einkommensbegriff des EStG	17

bb. Fazit: Einkommen als geeignete Bezugsgröße wirtschaftlichen Leistungsvermögens	19
2. Die Verwirklichung des Leistungsfähigkeitspostulats im Einkommensteuerrecht	20
a. Ermittlung der Leistungsfähigkeit bei den Überschusseinkünften	22
aa. Einnahmen als Grundlage steuerlicher Leistungsfähigkeit	22
aaa. Geld als Gegenstand der Einnahme	23
bbb. Eine Forderung als Gut in Geldeswert	24
bb. Zufluss als Vollendung des Einnahmetatbestandes und als Zuordnungszeitpunkt	27
cc. Stellungnahme	29
b. Ermittlung der Leistungsfähigkeit im Rahmen der Gewinneinkünfte	31
aa. Gewinn als Merkmal steuerlicher Leistungsfähigkeit	31
bb. Durchführung der Gewinnermittlung	32
cc. Der Einfluss von Forderungen auf den Gewinn	34
dd. Fazit	36
III. Zusammenfassung zu § 1	37
§ 2 Die steuerliche Behandlung von Scheinrenditen aus sog. „Schneeballsystemen“ in verschiedenen Fallkonstellationen	41
I. Einleitung	41
II. Charakteristika von „Schneeballsystemen“	42
1. Der Begriff des „Schneeballsystems“	42

2. Beispieldfälle aus dem Kapitalanlagebereich	44
a. Der Fall „Ambros S.A.“	45
b. Der Fall „CTS“	46
c. Der Fall „Phoenix Kapitaldienst GmbH“	47
d. Der Fall „BCI“	47
III. Die zivil- und steuerrechtliche Qualifikation des Rechtsverhältnisses zwischen Anleger und Betreiber im „Schneeballsystem“ und die Auswirkung auf die Besteuerung	49
1. Die zivilrechtliche Gestaltung als Anknüpfungspunkt für die steuerrechtliche Qualifikation	50
a. Synopse möglicher Beteiligungsformen	50
aa. Die Gestaltung als stille Gesellschaft nach § 230 HGB	50
bb. Gestaltung als (partiarisches) Darlehen	53
cc. Gestaltung als Treuhandverhältnis gemäß § 39 Abs. 2 Nr. 1 Satz 2 AO	54
b. Einkommensteuerrechtliche Einordnung der verschiedenen Beteiligungsformen	56
2. Analyse der vertraglichen Gestaltung des Rechtsverhältnisses anhand der Beispieldfälle „Ambros“ und „CTS“	58
a. Auszüge aus den Verwaltungsverträgen	58
b. Die Ansicht von Literatur und Rechtsprechung	61
aa. Die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes	61
bb. Die finanzgerichtliche Rechtsprechung	65
cc. Die Ansicht der Finanzverwaltung	68
dd. Die Literaturmeinung	68
c. Stellungnahme	70

3. Die Auswirkung der Einordnung auf die Besteuerung	80
a. Die private Beteiligung als typisch stiller Gesellschafter	82
aa. Laufende Gewinne	82
bb. Veräußerungs- bzw. Auflösungsgewinne	82
cc. Verlustberücksichtigung	84
aaa. Laufende Verluste	84
(1) Vor dem 31.12.2008 erworbene Beteiligung	84
(2) Ab dem 01.01.2009 erworbene Beteiligung	85
bbb. Verluste bei Beendigung des Gesellschaftsverhältnisses	88
(1) Veräußerungsverluste	88
(2) Insolvenzbedingter Totalverlust des Einlagerückzahlungsanspruchs	89
(a) Vor dem 31.12.2008 erworbene Beteiligung	90
(b) Ab dem 01.01.2009 erworbene Beteiligung	90
dd. Faktische Unmöglichkeit der Verlustberücksichtigung	91
b. Die Beteiligung als mitunternehmerisch stiller Gesellschafter und die betriebliche stille Beteiligung	93
c. Stellungnahme	96
4. Fazit	99
IV. Zusammenfassung zu § 2	101
§ 3 Die Einnahmequalität von Scheinrenditen in einer Synopse der verschiedenen Fallkonstellationen	103

I.	Auszahlung von Rendite und Einlage bis zum Zusammenbruch des Schneeballsystems	103
II.	Auszahlung eines Teils der Rendite und Verlust der erhöhten Einlage beim Zusammenbruch des Schneeballsystems	104
1.	Darstellung der bisherigen Rechtsprechung und der Literaturmeinung	104
a.	Die Rechtsprechung des BFH	104
aa.	Die „Ambros“-Entscheidungen	110
bb.	Die „CTS“-Urteile	114
cc.	Zusammenfassung der Thesen des BFH	116
b.	Die Rechtsprechung der Finanzgerichte	118
c.	Die Literaturmeinung	121
2.	Die tatsächliche Handhabung durch die Finanzverwaltung	126
III.	Zusammenfassung zu § 3	127
 C. Dritter Abschnitt – Kritische Auseinandersetzung mit den gewonnenen Erkenntnissen		
§ 1 Die Ansätze von Rechtsprechung und Schrifttum		129
I.	Der Zufluss der Einnahmen i.S.d. §§ 11 Abs. 1, 8 Abs. 1 EStG	129
1.	Der Zufluss tatsächlich ausbezahilter „Renditen“	130
2.	Zufluss einer Forderung durch bloße Buchgutschrift	133
a.	Erstes Kriterium des BFH: Gutschrift liegt im Interesse des Anlegers	135
b.	Zweites Kriterium des BFH: Zahlungsfähigkeit des Schuldners	138

3. Ist unter dem Gesichtspunkt der Novation eine andere Betrachtungsweise geboten?	144
4. Fazit	150
II. Scheinrenditen als bloßes Buchhaltungsproblem	153
III. Umqualifizierung der Ertragszahlungen in Einlagerückzahlungen?	156
IV. Die Bedeutung des fehlenden real-ökonomischen Fundaments bei Scheinrenditen	159
V. Zusammenfassung zu § 1	160
 § 2 Eigene Lösungsansätze	163
I. Möglichkeiten der späteren Verlustverrechnung	163
II. Anwendung der §§ 163, 227 AO aus Billigkeitsgründen	164
III. Vorläufige Veranlagung nach § 165 AO	166
IV. Änderung von Steuerbescheiden, § 173 Abs. 1 Nr. 2 AO	167
V. Erweiterte Auslegung des § 20 Abs. 2 Satz 2 EStG	168
VI. Zusammenfassung zu § 2	171
 D. Vierter Abschnitt – Abschließende Würdigung der gewonnenen Erkenntnisse im Hinblick auf das Leistungsfähigkeitsgebot	
§ 1 Verstöße gegen das Leistungsfähigkeitsprinzip, das objektive Nettoprinzip und das Gebot der Folgerichtigkeit	173
I. Besteuerung ohne Steigerung der individuellen Leistungsfähigkeit	174
II. Inkongruente, leistungsfähigkeitswidrige Besteuerung privater und betrieblicher Scheinrenditen	177
§ 2 Fehlende Rechtfertigungsgründe für die Verstöße gegen das Leistungsfähigkeitsprinzips	179

XIII

I. Fiskalische Interessen als Rechtfertigungsgrund	180
II. Rechtfertigung durch Förderungs- und Lenkungszwecke	181
III. Rechtfertigung durch Typisierung	181
§ 3 Zusammenfassung	185
§ 4 Überlegungen de lege ferenda	187
<u>Literaturverzeichnis</u>	189